

Medien

Einsparungen angemahnt

Erhebliche „Wirtschaftlichkeits- und Einsparreserven“ bei der ARD hat die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten entdeckt. Die von den Ländern eingesetzte KEF verlangt in einem vertraulichen Bericht für die Ministerpräsidenten, verstärkte Kooperationen – etwa bei Filmproduktionen – unter den elf ARD-Sendern umgehend in Angriff zu nehmen. Die Finanzkontrolleure halten der Mehrzahl der ARD-Anstalten außerdem zu hohe Verwaltungskosten sowie eine „Überversorgung“ ihrer Pensionäre vor, die „unverzüglich“ zu beenden sei. Hier ergäben sich „Einsparpotentiale“ von mehreren hundert Millionen Mark. „Weitere erhebliche Einsparungen“ ließen sich durch ei-



„Tatort“-Produktion der ARD

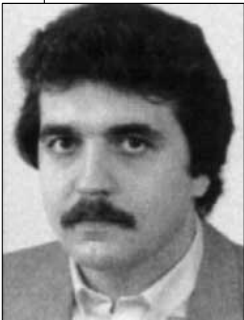
ne deutliche Reduzierung der rund 23 000 Planstellen erzielen. Hier habe die ARD, mit Ausnahme des Norddeutschen Rundfunks und im Gegensatz zum ZDF, noch großen Nachholbedarf, kritisiert die KEF. Die Kontrolleure beanstanden ferner Finanzvorräte für rein „theoretische Liquiditätslücken“, „Jubiläumsrückstellungen“ und Sonderrücklagen in Höhe von mehr als einer Milliarde Mark, die zur Finanzierung der Programme zu verwenden seien. Der ARD, die von 1997 an eine Erhöhung der Rundfunkgebühren – derzeit 23,80 Mark pro Monat – um 3,85 Mark zu ihren Gunsten fordert, gesteht die KEF deshalb nur einen Aufschlag von etwas mehr als 2 Mark zu. Beim ZDF, das 2,40 Mark zusätzlich reklamiert, macht die KEF dagegen geringfügige Abstriche. Dem Sender wollen die Prüfer sogar die Mittel für eine „Substanzerneuerung“ bewilligen, da der Sender infolge der drastischen Rückgänge bei den Werbeeinnahmen „beträchtliche Einschnitte“ in das Programm habe vornehmen müssen.

ne deutliche Reduzierung der rund 23 000 Planstellen erzielen. Hier habe die ARD, mit Ausnahme des Norddeutschen Rundfunks und im Gegensatz zum ZDF, noch großen Nachholbedarf, kritisiert die KEF. Die Kontrolleure beanstanden ferner Finanzvorräte für rein „theoretische Liquiditätslücken“, „Jubiläumsrückstellungen“ und Sonderrücklagen in Höhe von mehr als einer Milliarde Mark, die zur Finanzierung der Programme zu verwenden seien. Der ARD, die von 1997 an eine Erhöhung der Rundfunkgebühren – derzeit 23,80 Mark pro Monat – um 3,85 Mark zu ihren Gunsten fordert, gesteht die KEF deshalb nur einen Aufschlag von etwas mehr als 2 Mark zu. Beim ZDF, das 2,40 Mark zusätzlich reklamiert, macht die KEF dagegen geringfügige Abstriche. Dem Sender wollen die Prüfer sogar die Mittel für eine „Substanzerneuerung“ bewilligen, da der Sender infolge der drastischen Rückgänge bei den Werbeeinnahmen „beträchtliche Einschnitte“ in das Programm habe vornehmen müssen.

Affären

Durchsuchung bei Seat-Vorstand

Die Staatsanwaltschaft Darmstadt und die Kripo Rüsselsheim ermitteln gegen den Seat-Vorstand Francisco García Sanz, 38, wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, des Betrugs und der Untreue. Am Montag vergangener Woche durchsuchten Beamte sein Büro in der Wolfsburger Volkswagen-Zentrale, seine Privatwohnung in Meine bei Braunschweig und seinen früheren Wohnsitz in Rüsselsheim. Der Baukonzern Hochtief soll Anfang der neunziger Jahre, als Sanz noch bei Opel beschäftigt war, dessen Wiesbadener Privathaus für knapp 400 000 Mark umgebaut haben. Steuerfahndung und Staatsanwälte prüfen nun, ob Hochtief die Kosten durch fingierte Rechnungen an Opel weitergereicht hat. Auf die Spur von Sanz waren die Beamten bei den Ermittlungen in der Opel-Bestechungsaffäre gestoßen (SPIEGEL 28/1995). Sanz war 1993 zusammen mit Ignacio López zu Volkswagen gewechselt. Er ist neben seiner Tätigkeit als Seat-Vorstand zugleich Leiter der Konzernbeschaffung Elektrik und Elektronik des VW-Konzerns. Gegenüber dem SPIEGEL wollte er sich nicht zu den Vorwürfen äußern, weil die Staatsanwälte ihm noch nicht mitgeteilt hätten, worauf sich ihr Verdacht gründet.



Sanz

Treuhand

Teures Versteckspiel

Geheimhaltung ist teuer. Mehr als eine Million Mark im Jahr ließ es sich die Treuhandanstalt (THA) mitunter kosten, Gehälter, Prämien und Zuschläge für ihre Führungskräfte vor neugierigen Augen zu verstecken. Dazu bediente sich die Privatisierungsbehörde der Hamburger Filiale der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG, über deren Büro bis zu 280 Spitzen-Mana-

ger der Anstalt das Gehalt überwiesen bekamen. So war die behördeneigene Lohnbuchhaltung ausgeschaltet, Indiskretionen sollten auf diese Weise verhindert werden. Vorteile, etwa durch bessere steuerliche Betreuung, hatte nach heutigem Eingeständnis der THA-Nachfolgerin Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS) keiner der Manager. Auch sparte die THA keine einzige Stelle in der eigenen Personalabteilung. Die BVS hat auch das teure Versteckspiel geerbt. Die KPMG kassiert noch heute.

Commerzbank

Verdacht der Beihilfe

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat vergangene Woche ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung gegen verantwortliche Mitarbeiter der Commerzbank Deutschland eingeleitet. Auch Commerzbank-Chef Martin Kohlhauss muß den Ermittlern möglicherweise Rede und Antwort stehen. Zudem ermittelt die Behörde gegen eine Reihe von Anlegern der Commerzbank International S.A. Luxemburg



Schmakowski

(Cisal) wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. Die Cisal ist eine hundertprozentige Tochter der Commerzbank. Der Bankkaufmann Reinhard Schmakowski hatte vor einigen Monaten versucht, die Cisal zu erpressen (siehe SPIEGEL 36/1995).